

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 10 (1969)  
**Heft:** 1

**Vorwort:** Zum zehnten Jahrgang  
**Autor:** Sager, Peter

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Per 916 498

# ZEITBILD

AZ Bern 1

Sta.



Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut

10. Jahrgang Nr. 1  
Erscheint alle zwei Wochen  
Bern, 1. Januar 1969

Herrn Dr.  
F. Bosshardt  
Krähbühlstr. 49  
3044 Zürich

800

## Zum zehnten Jahrgang

Lieber Leser!

Wir verbinden den Uebergang in den 10. Jahrgang mit dem Uebergang zu einem neuen Zeitungskopf.

Wer mit den Anfängen dieser Zeitung nicht vertraut ist, versteht den bisherigen Titel nicht. Wer glaubte, wir hätten den ungetrübten, eben den klaren Blick für uns allein pachten wollen, lehnte ihn ab. Dabei war er uns Postulat, Ausdruck unseres Bemühens, Programm auch: wer um die sachliche Information ringt und auf sachliche Information sein Urteil stützt, liegt näher bei der Wahrheit. So meinen wir.

Aber dann machte uns der Blick zu schaffen und die leidige Verwechslung mit einer Tageszeitung, die eine andere Funktion erfüllt. Und das schwindende Interesse an einer speziellen Information. Und der sektiererische Anstrich, der uns unterstellt wurde. Meist von Leuten, die nichts oder wenig von uns gelesen haben. Die kaum wissen, um was es geht. Deren Stimme aber trotzdem zählt. Am Stammtisch und anderswo.

So hat sich der Verwaltungsrat eingehend mit unserer Zweiwochenzeitung befasst. Seit drei

Jahren. Und alles in Zweifel gezogen, alles in Frage gestellt. Um neu anzufangen. Um einen Informationsträger aufzubauen, der sachlich wirksam bleibt und finanziell einträglicher wird. Weil das Ost-Institut in erster Linie durch die Abonnenten dieser Zeitung getragen wird. Die Qualität unserer Arbeit hängt von der Quantität unserer Abonnenten ab.

Auch die Pressekommission des Beratenden Ausschusses hat sich mit der Neugestaltung befasst. Ohne Sitzungsgelder und Entschädigungen haben die Mitglieder von VR und PK Dutzende von Stunden geopfert, um der Quadratur des Kreises näherzukommen. Denn die Grenzen sind uns eng gesetzt. Wir können nicht — wie Boulevard-Zeitungen — Millionen investieren, um den Markt zu erobern und dann hohe Dividenden zu ernten. Wir müssen mit kleineren Steinen bauen.

Daher konnten wir das Format nicht ändern, den Umfang nicht wesentlich erhöhen. Aber das Spektrum soll erweitert werden. Neue Korrespondenten treten hinzu. Gelegentliche Mitarbeiter — Spezialisten ihres Faches — werden gewonnen. Und die Namensänderung wurde beschlossen. Auch ZeitBild ist uns Programm. Der neue Titel setzt uns das Ziel, die Zeit, in der wir leben, zu einem zusammenhängenden Bild zu fügen, um sie besser zu verstehen, um in dieser Zeit sinnvoller zu sein, um sich der neuen Verantwortungen und Aufgaben bewusst zu werden.

Als wir vor neun Jahren den «Klaren Blick» herauszugeben begannen, war die weltpolitische Lage noch wesentlich einfacher. Die unabhängigen Länder Afrikas waren an den Fingern einer Hand abzuzählen. Staatsstreiche in Südamerika hatten vorwiegend lokale Bedeutung. In Asien waren der Koreakrieg beendet und der Guerillaanriff in Malaysia abgeschlagen. Im Nahen Osten schienen sich die Verhältnisse nach der Suezkrise zu beruhigen.

Der Kommunismus hatte nach Auffassung der öffentlichen Meinung mit dem brutalen Niederschlagen des ungarischen Freiheitskampfes seinen unaufhaltsamen Niedergang eingeleitet. Die Einigung Europas hatte zudem genügend Fortschritte gemacht, um den Europäern ein einschläferndes Sicherheitsgefühl zu geben.

Aber viel mehr als Lippenbekenntnisse zu der Welt, die eine geworden war, lagen nicht vor. Wer heute Zeitungen nachliest, die vor zehn Jah-

### IN DIESER NUMMER

**Kuba und die Sowjetunion** 2/3  
Die antisowjetische Komponente des Castroismus ist historisch begründet.

**Marx oder Lenin?** 4  
Diskussionsbeitrag zur Frage der sozialistischen Wiedergeburt.

**Thailand und Malaysia** 5  
Warum zwei gemeinsam bedrohte Staaten so schwer zusammenarbeiten können.

**Rumänien und seine Minderheiten** 6/7  
Unser rumänischer Korrespondent zur neuesten Entwicklung in der Nationalitätenfrage.

**Zusammenhänge** 8  
Unsere neue redaktionelle Rubrik.

**Das politische Buch** 9  
Besprechungen durch SOI-Mitarbeiter.

**Widerstand statt Anpassung** 10-13  
Jugoslawien ist das einzige Land Europas, das zur totalen Verteidigung gegen die Sowjetunion bereit ist.

**Aus den Memoiren von Tibor Dery** 14/15  
Was trotz allem jetzt in Ungarn erscheinen konnte: Einer der bekanntesten Schriftsteller des Landes über seine Gefängniszeit nach 1956.

## DER KLARE BLICK

Aus Nr. 1 vom 27. Januar 1960

«Dass die Schicksalsfrage Europas die unentschiedenen Völker sind, ist dem eingermassen informierten Politiker klar. Der alte Nationalrat (von 1955) machte da eine Ausnahme.

Er beriet eines Morgens in der Septembersession 1959 über einen strittigen Punkt der Teuerungszulage. Anwesend: 175 Ratsmitglieder. Das Geschäft kam zum Abschluss. Da verliessen 121 Nationalräte den Saal. Denn gleich anschliessend wurde die Vorlage des Bundesrates über die Hilfe an unterentwickelte Gebiete im Ausmass von 5 Millionen Franken jährlich durchberaten. Das schien den Herren Parlamentariern nicht ein genügend interessantes Geschäft zu sein. Die übriggebliebenen 54 Herren diskutierten unter sich so laut, dass der Präsident mehrmals durch die Glocke dem Kommissionsreferenten Gehör verschaffen musste. Kein Nationalrat ist aufgestanden, um zu erklären, dass diese Hilfe völlig ungenügend ist.»

ren herauskamen, wird überrascht sein, wie wenig darin von Osteuropa, geschweige denn von Afrika, Asien und Lateinamerika die Rede war. Noch war der Kongo belgisch, noch war der erste Akt zum Drama von Léopoldville nicht auf der Bühne. Léopoldville? Patrice Lumumba? Sukarno? Kaum dass man recht wusste, wer Fidel Castro war und was er wollte.

Hier suchte und fand «Der Klare Blick» seine Aufgabe. Es gelang ihm, sofort auf die politische Bedeutung der Entwicklungsländer aufmerksam zu machen. Die Initiative zur Gründung einer europäischen Entwicklungsuniversität vom Sommer 1960 führte zwar nicht zum Erfolg, hatte aber ein unerwartet grosses Echo und vertiefte die Kenntnis der dritten Welt.

Erfolg aber hatte «Der Klare Blick». Und er ermöglichte dem Institut auch den praktischen Einsatz in den Entwicklungsländern. Im Juli 1960 erschien der englische Pressedienst für Asien und Afrika, zwei Jahre danach wurden der spanische und der französische Dienst aufgenommen. (Fortsetzung auf Seite 2)

Castro hiess Invasion der CSSR gut, aber Kuba ist

# Zu weit weg für Normalisierung

Von Pascuale Ferites

Wo überall es regierende kommunistische Parteien gibt, die man in allgemeiner Ausrichtung dem Moskauer Lager zusprechen kann, geht der so vielgenannte «Polyzentrismus» zurück, und an seine Stelle tritt der angebliche Internationalismus sowjetisch verstandener Normalisierung. Das hatte sich in Osteuropa, namentlich bei Ungarn und Polen, schon gezeigt, bevor der Fall der CSSR die flagrante Bestätigung brachte. Wie steht es nun ausserhalb Europas? Kuba hatte diesen Sommer überrascht, als ausgerechnet Castro, der ausgesprochene Gegner jeglicher «Zentren», die Okkupation der Tschechoslowakei guthiess. Er nannte die Massnahme zwar völkerrechtswidrig, aber politisch gerechtfertigt. Hiess das, dass auch Castro vor dem Kreml unzufrieden war, ein Opfer vielleicht des wirtschaftlichen Drucks? Aber so einfach war die Sache nicht. Das zeigte sich im Herbst, als Havanna, wie übrigens schon manchmal zuvor, die internationalen Beratungen boykottierte, die Moskau einberief. Kuba steuert weiterhin seinen eigenwilligen Kurs, und mehr als irgendwann in den letzten acht Jahren bedeutet ein eigenwilliger Kurs eine Herausforderung der Sowjetführung gegenüber.

Freilich sind Castros Reibereien mit Moskau bei weitem keine neue Erscheinung. Schon lange vor seiner Machtergreifung hatte der junge Rebell begriffen, dass der prokommunistische «Partido Socialista Popular» (PSP) eine Interessengruppe von ganz besonderer Machtart war. Ihr war jedes Mittel zum Ziel recht, und sie nahm keinen Anstoss daran, auch mit Batista einen Handel zu schliessen, wenn ihr das nützlich erschien. So wurde der PSP von Castros Gruppe nicht in den Plan eingeweiht, am 26. Juli 1953 die Kaserne von Moncada anzugreifen. Der natürliche Hang der Kommunisten, revolutionäre Bewegungen ausserhalb ihrer Kontrolle zu verraten, hätte sich nachteilig auswirken können.

## Fidel, ein bourgeois Putschist

Als der Coup tatsächlich missriet, fielen die Kommunisten prompt über den undialektischen Aktivismus seiner Urheber her. In der Folge dauerte ihre Kritik an Castro an und verstärkte sich einige Jahre später, als er aus dem Gefängnis entlassen war und im mexikanischen Exil seine bewaffnete Rückkehr nach Kuba vorbereitete. Parteikarrieristen, wie Blas Roca und Carlos Rafael, nannten ihn einen bourgeois Putschisten und einen Abenteurer ohne Ideologie. Im grossen und ganzen ist Moskau übrigens bei dieser Ansicht geblieben. Die Vorwürfe fanden sich etwa im Mai 1968 in den Spalten von «Kommunist», dem theoretischen Organ der KPdSU,

getreulich wieder. Die Jahre, die dazwischen liegen, bestätigen nur, dass der Disput zwischen Havanna und Moskau nicht bloss ephemerer Natur ist.

Der PSP begann ein ernstliches Interesse an Castro zu nehmen, nachdem er das Jahr 1957 in der Sierra Maestra überlebt hatte. Er nahm damals die Offensive gegen Batistas Armee auf, die durch ein amerikanisches Waffenembargo geschwächt war (aber ja!) und sich wachsenden städtischen Bewegungen gegenübergestellt sah. Nun schickte man Parteimitglieder in die Sierra. Sie sollten sich dort den Guerillas anschliessen. Zwecks Kontrolle natürlich. Um ihre eigene Macht zu demonstrieren, blockierte der PSP im Frühjahr 1958 einen Generalstreik, den die Castrostristen ausgerufen hatten.

## Wieder einmal: Die KP stiehlt die Revolution

Die Demonstration scheint ihre Wirksamkeit gehabt zu haben. Jedenfalls kam es im Sommer des gleichen Jahres doch zum Schulterchluss. PSP-Parteichef Carlos Rafael Rodriguez ging in die Sierra und setzte Castro auseinander, dass er ohne Unterstützung der Partei nicht an eine Machtübernahme denken könne. Castro liess sich überzeugen. Trotz seiner Aversion gegen die PSP-Führer unternahm er es sogar, die kommunistische Ideologie zu studieren, wenn er auch, wie er Jahre später in einer Rede sagte, nie so weit ging, «Das Kapital» ganz zu lesen.

Bis Castro 1959 schliesslich die Kontrolle über Kuba gewann, hatten die Kommunisten weitgehend die Kontrolle über seine Bewegung gewonnen. Auf allen Ebenen hatten sie ihre Leute placiert. Ueberdies war der PSP die einzige Partei in der Koalition, die über politische Leitgedanken und über politische Organisationsstrukturen verfügte. Die andern Koalitionsträger, die «Bewe-

## Zum zehnten Jahrgang

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor allem aber galt es, eine sachbezogene Position gegenüber dem Kommunismus und seinem Herrschaftsanspruch auszuarbeiten. Das waren die schwierigen Zeiten, da die emotionelle Ablehnung vorherrschte. Man war gegen den Kommunismus, mehr wollte man nicht wissen. Das schien genug.

Das war indessen nicht genug. Die Forderung nach Abbruch aller Beziehungen war unrealistisch und unklug. Das Ost-Institut setzte sich damals — noch praktisch allein — für wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen unter gewissen Voraussetzungen ein — wie auch heute noch.

Und dann kam 1963 der grosse Umschwung. Im Frühjahr wurde der Graben zwischen Peking und Moskau offensichtlich: die feindlichen Brüder schienen sich selbst zerfleischen zu wollen. Und im Sommer schlossen die UdSSR und die USA das Atomtest-Abkommen: Moskau schien sich dem Westen anzunähern.

Die emotionalen Antikommunisten, deren Enttäuschung eine Selbsttäuschung vorangegangen war, zogen sich zurück; die öffentliche Meinung pendelte sich auf einer Entspannung ein, die wiederum auf Selbsttäuschung gründete. Hier

brachte der Prager Sommer 1968 eine traurige Ernüchterung.

Zwischen diesen Pendelschlägen hatte das Ost-Institut einen realpolitischen und sachbezogenen Kurs der Mitte verfolgt, der uns den Vorwurf erst des unzuverlässigen, dann des sturen Antikommunismus einbrachte.

Indessen hatten wir eine theoretische Plattform ausgearbeitet, die sich in ihren zeitbezogenen Konkretisierungen als richtig erwiesen hat. Wir bekämpfen im Kommunismus nur dessen Herrschaftsanspruch, den Versuch also, mit Zwang und Gewalt kommunistische Glaubensinhalte zu verbreiten.

Mit der Dynamisierung der weltpolitischen Entwicklung war die Zeit der Unsicherheit angebrochen, da keine Allianzen und Antagonismen mehr Bestand haben: mit ein Grund für die wachsende Kompliziertheit der Lage.

Es kann heute ein berufstätiger Staatsbürger ungleich weniger als vor zehn oder noch vor fünf Jahren sich ein eigenes Zeitbild auf Grund von Nachrichten erarbeiten. Der nötige Zeitaufwand kann physisch gar nicht mehr erbracht werden. Die Informationsflut stieg einmal wegen der weltpolitischen Machtaufteilung: die bestimmenden Zentren haben sich vermehrt. Dann wurde die Flut auch technisch erhöht: Radio und Fernsehen haben sich in einem Mass ein-

geschaltet, das vor zehn Jahren kaum vorstellbar war.

Dringendste Aufgabe ist heute, dem interessierten und dem zu interessierenden Staatsbürger Ueberblick zu geben. Hatte «Der Klare Blick» vor zehn Jahren fast allein Informationen aus Osteuropa und den Entwicklungsländern vermittelt, so ist das jetzt tägliche Brot von Zeitungen, Radio und Fernsehen. Vielleicht wird des Guten zuviel getan. Der Bürger versinkt in dieser Flut.

Daher haben wir längst eine Anpassung an diese neuen Verhältnisse vollzogen. Einzelmeldungen traten zugunsten von Uebersichten in den Hintergrund. Mehr und mehr hat sich die Notwendigkeit gezeigt, auch das Spektrum zu erweitern. Damit ist der Zeitpunkt des Namenswechsels gekommen, nicht als Abkehr vom bisherigen Ziel, sondern im Willen, das gleiche Ziel mit neuen Mitteln anzustreben.

Das Ziel ist das gleiche geblieben. Wir gehen davon aus, dass die bessere und sachlichere Information der grösstmöglichen Zahl zu besseren und sachlicheren Entschlüssen führt. Aber heute ist es weniger unsere Aufgabe, Einzelinformationen zu vermitteln, als diese Einzelinformationen in ihre Zusammenhänge einzufügen, um das Bild unserer Zeit übersichtlich und verständlich zu machen.

Peter Sager